

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 16

Charlottenburg, Freitag, den 20. April 1917

Jahrg. 44

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

Der Jahresbericht der Generalkommission, der der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 20. März d. J. unterbreitet wurde, umfaßt im Druck 29 Seiten. Er kann an dieser Stelle aus räumlichen Gründen nur im Auszug wiedergegeben werden.

Der Bericht weist einleitend darauf hin, daß eine, die gesamte Tätigkeit der Generalkommission schildernde Darstellung erst nach Kriegsschluß gegeben werden könne. Die Zahl der Verhandlungen mit den verschiedenartigsten amtlichen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden und mit zahlreichen privaten Organisationen über die im Interesse der Arbeiterschaft zu treffenden Kriegsmassnahmen sei mit der längeren Dauer des Krieges erheblich gewachsen. Es sei zweckmäßig, diese Massnahmen später im Zusammenhange zu schildern, wiewgleich sich der Plan, alle Protokolle über die Verhandlungen und die Eingaben im Wortlaut wiederzugeben, sich nicht verwirklichen lasse. Ein solcher Bericht werde für die weitere Gestaltung des Arbeiterrechts in Deutschland und für das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zum Staat für die spätere Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Die Generalkommission war bemüht, bei dieser ihrer Tätigkeit möglichst weite Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen. Im Berichtsjahre sind zahlreiche Eingaben von den Zentralstellen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht worden, und es haben auch gemeinsame Konferenzen auf Einladung sämtlicher Zentralstellen stattgefunden, so die Konferenz zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge am 23. August 1916 in Köln und die zur Beratung des Hilfsdienstgesetzes am 12. Dezember 1916 in Berlin. Die Vertreter der Zentralstellen sind oft zur Beratung von Eingaben und gemeinsam zu treffenden Massnahmen zusammengetreten. Bei einer dieser Besprechungen wurde eine gemeinsame Kundgebung gegen die Zurückweisung der deutscherseits gebotenen Hand zum Frieden angeregt. Nachdem alle sonstigen wirtschaftlichen Organisationen ihre Meinung dazu öffentlich kundgetan hatten, konnte auch die Arbeiterschaft nicht dazu schweigen, wenn nicht im Ausland der Eindruck der Uneinigkeit des deutschen Volkes erweckt und daraus die Neigung zur Verlängerung des Krieges gestärkt werden sollte. Die Generalkommission konnte um so eher der Anregung beitreten, als sich ihr dadurch wiederum Gelegenheit bot, öffentlich auf die notwendige Abstellung der Mängel in der Nahrungsmittelversorgung hinzuweisen.

Die Vereinsgesetznovelle ist am 5. Juni 1916 vom Reichstag verabschiedet und Gesetz geworden. Ueber den Wert und die Bedeutung des Gesetzes wurde in einer in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Broschüre berichtet. Es zeigt sich schon jetzt, daß für die Gewerkschaften mit diesem Gesetz eine Erleichterung ihrer Tätigkeit herbeigeführt worden ist. Das wird noch deutlicher zutage treten, wenn nach Kriegsschluß die Gewerkschaften ihre Arbeit für die Erhöhung der Lebenshaltung und die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse in der gleichen Art fortführen werden wie vor Kriegsbeginn. Daß nach der Annahme dieses Gesetzes nicht die sonst noch erforderlichen Änderungen des Reichsvereinsgesetzes

Auch das Hilfsdienstgesetz ist in einer besonderen Broschüre behandelt worden. Das Gesetz entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; es hat jedoch schließlich eine Fassung erhalten, die es auch den Gewerkschaftsvertretern, die als Reichstagsabgeordnete ihre Stimme abzugeben hatten, ermöglichte, für das Gesetz zu stimmen. Bei der Durchführung des Gesetzes kam es in erster Linie darauf an, die Ausschüsse, die über Arbeiterfragen zu entscheiden haben, mit Vertretern aus den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden zu besetzen. Die Vorschläge sind von den genannten Vereinigungen dem Kriegsamt gemeinsam gemacht worden. Von Unternehmern und gelben Werkvereinen ist mit allen Mitteln versucht worden, Mitglieder der letzteren in den Ausschüssen zu erhalten. Dem ist von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden Widerstand geleistet worden. Der Bericht verweist dabei auf den Beschluß der Kölner Konferenz aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, durch den ein Zusammenwirken mit den Gelben abgelehnt wird, nach welchem auch in den Verhandlungen mit dem Kriegsamt und im Reichstagsauschuß für das Hilfsdienstgesetz gehandelt wurde. Der letztere nahm am 26. Januar 1917 einen Antrag gegen eine Stimme (v. Westarp f.) an, wonach, um das Vertrauen zur Tätigkeit der Ausschüsse zu sichern, es notwendig erscheint, sowohl aus den Reihen der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer nur solche Männer in die Ausschüsse zu berufen, die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen unbedingt in Anspruch nehmen können. Das Kriegsamt hat trotz des Drängens der Gegner der Gewerkschaften und zeitweiliger Bereitschaft, diesem Drängen nachzugeben, bisher einen Vertreter der „Gelben“ in die Ausschüsse nach §§ 7 und 9 des Hilfsdienstgesetzes nicht berufen, nachdem bei ihm von den Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralstellen in schärfster Weise gegen eine solche Berufung Verwahrung eingelegt worden ist. Soweit „Gelbe“ in die Ausschüsse von den Generalkommandos berufen waren, sind sie mit dem 1. Februar 1917, an dem das Dasein der provisorischen Ausschüsse endete, ausgeschieden.

Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag ist auf Drängen der Arbeitervertreter ein Erlaß des Kriegsministeriums bekanntgegeben, der eine Sicherung der Reklamierten vor Unternehmerwillkür herbeiführen sollte. Ein neuer Erlaß vom 2. Februar 1917 schränkt diese Sicherung besonders für die Arbeiter und Angestellten in den Marinebetrieben und den für die Seekriegsführung tätigen Privatbetrieben wesentlich ein. Gegen diesen Erlaß ist von den Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände in einer eingehend begründeten Eingabe an das Kriegsamt Einspruch erhoben worden.

Im Bericht für 1915 sind die Verhandlungen bezüglich der Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts der Eisenbahner näher geschildert worden. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der auf Beschluß der beteiligten Organisationen ins Leben gerufen wurde, begann seine Tätigkeit am 1. Juli 1916. Auf eine Anfrage an den Reichskanzler, ob der Verband ungehindert Mitglieder im Betrieb der Staatsbahnen werben können, wurde mitgeteilt, daß der preussische Eisenbahnminister nach wie vor darauf bestehe, daß der statutarische Streitverzicht vorher ausgesprochen werden müsse. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Teile annehmen, das sie ihren Stand-

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach dem Krieg haben ihren Fortgang genommen. Die erste dieser Arbeiten, „Koalitionsrecht und Strafrecht“, ist von der Gesellschaft für soziale Reform herausgegeben und den Gewerkschaften zum Ankauf empfohlen. Die nächste Schrift, die in kurzer Zeit fertiggestellt sein wird, behandelt das Koalitionsrecht und Polizeirecht sowie die Boykottfrage und damit im Zusammenhang stehende Fragen. Wenn auch zurzeit aus naheliegenden Gründen in Gewerkschaftskreisen wenig Neigung zum Erwerb solcher Schriften vorhanden ist, so wird dieser für die Gewerkschaftsfunktionäre doch notwendig sein. Die Schriften liefern das Material für die Agitation, die nach Kriegsschluß für die Ausgestaltung des Arbeiterrechts einsetzen muß.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Sitzverlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzuberufen. Das erstemal, als der Antrag auf Sitzverlegung Anfang 1915 gestellt wurde; das zweitemal, als eine aus vier Ländern beschickte Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbüro einzusetzen. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz vertagt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterschutzzorderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzuführen und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Versendung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die letzteren sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen 400484,86 M. und an Gesamtausgaben 440840,15 M. auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 40355,29 M., wovon 3000,08 M. auf das Unterstützungskonto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt 88219,01 M. und das Vermögen der Generalkommission 338217,28 Mark. Von den Einnahmen entfallen auf Beiträge der Verbände 212870,21 M., auf Extrabeiträge der Verbände 16764,35 M., auf das „Corr.-Blatt“ 8216 M., auf die „Gew. Frauen-Ztg.“ 30629,19 M. auf „L'Operaio Italiano“ 1432,35 M. Von den Ausgaben sind zu nennen: für sachliche Verwaltung der Generalkommission 16609,96 M., persönliche 34885,32 M., Bibliothek 2413,99 M., Drucksachen 4381,10 M., Kongresse und Konferenzen 12187,33 M., Internationales Sekretariat 3458 M., Agitation 188540,60 M., Verlag 24671,85 M., „Corr.-Blatt“ 57436,48 M., „Gew. Frauen-Zeitung“ 37150,55 M., „L'Operaio Italiano“ 1900 M., „Oswiata“ 4900,45 M., Centralarbeitersekretariat 23165,14 M., Sozialpolitische Abteilung 25770,55 M.

Das „Correspondenz-Blatt“ mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang fürliebnehmen. Die Redaktion war trotz dieser Hemmungen bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Kriegsfürsorge und Kriegsernährung, gerecht zu werden.

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Aufgabe der Materialsammlung besonders durch sozialpolitische Kriegsfragen in Anspruch genommen worden.

Die Aufhebung der zehnjährigen Arbeiterschutzbestimmungen gab den Gewerkschaften Anlaß, auf die Beseitigung nachlässiger Betriebsanordnungen und mangelhafter Betriebseinrichtungen zu drängen.

Für die Heimarbeit steht die Regelung der Lohnfrage in dem Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einsetzung der Sachkom-

missionen zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung bestimmt, daß zu den Sachkommissionen von Seiten der Arbeiter auch Gewerkschaftsangestellte hinzugezogen werden können. Damit ist dem Verlangen der Gewerkschaften entgegengekommen, jedoch fehlt es noch an der Aufnahme der Tätigkeit der Sachkommissionen nach dem Heimarbeitengesetz.

Das Sekretariat für Bauarbeiterschutz hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebauten zugewendet. Um über deren Verhältnisse eine Uebersicht zu gewinnen, ist im Februar 1916 von den in Frage kommenden Verbänden die Einsendung eines Berichts eingefordert worden. Das sich ergebende Material hat alle Vermutungen über den traurigen Stand des Arbeiterschutzes bei dem jetzigen Bauwesen übertrifft und Veranlassung gegeben, den Sekretär zur persönlichen Inaugenscheinnahme nach einigen Orten bzw. Industriebau-terrains zu senden. Ebenso ist durch eine Informationstour durch das ostpreußische Zerstörungs- bzw. Aufbaugesbiet dem Sekretär Gelegenheit gegeben worden, sich von den einschlägigen Verhältnissen zu überzeugen.

Die Monopolfrage wurde in einer Studentkommission eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßig entwickelten wirtschaftlichen Machtstellung der Monopolindustrien Sicherheiten für die Rechtsstellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für ihre sozialpolitische Anforderungen zu verlangen.

Die Frage der Uebergangswirtschaft hat zur Aufstellung und Formulierung einer Reihe von Forderungen geführt, die noch weiter beraten und dann an die zuständigen Stellen geleitet und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten im Gange.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsernährungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungleiche Verteilung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel der Organisation, sondern auch an dem Versagen der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzt neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Beseitigung der Preistreiberien interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsfürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 92000 Exemplaren.

Das Centralarbeitersekretariat verzeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 835, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343. Von den 835 Sachen gingen ein von Arbeitersekretariaten 622, Gewerkschaftskartellen 11, Rechtsauskunftsstellen 14, Gewerkschaftsverwaltungen 72, und an Personen 116. Aus früheren Jahren waren 547 Sachen rückständig, so daß 1382 Sachen in Bearbeitung standen, von denen 981 erledigt wurden (847 Unfall-, 70 Invaliden-, 37 Krankentassen-, 22 Knappheits- und 5 Zivilsachen). Das Ergebnis der erledigten Unfallsachen war in 342 Fällen für die Verletzten bzw. Hinterbliebenen günstig, in 505 Fällen ungünstig.

Die „Rechtshilfe“ konnte leider immer noch nicht auch nur auf den früheren Umfang gebracht, geschweige denn zu einer selbständigen Zeitschrift ausgebaut werden.

Der nun schon zu einer über zehnjährigen Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts führende Zustand der nicht vollzogenen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat auch im letzten Jahre keine Änderung erfahren. Im Gegenteil sind die Wahlen wiederum hinausgeschoben, diesmal zweckmäßigerweise bis zum Ablauf des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres.

Durch die Gewerkschaft zur Freiheit.

Neulich erschien in dem „Signal“, Organ der schweizerischen Eisenbahner, eine interessante Studie darüber, weshalb der Arbeiter, will er sich ein wenig mehr Freiheit sichern, seine Zuflucht zur Gewerkschaft nehmen muß. Das Blatt

trief: Wenn wir unseren Mitgliedern die Frage stellen, warum der Arbeiter organisiert, wird eine große Zahl antworten: um unsere Macht zu stärken, damit wir unsere wirtschaftlichen Interessen mit um so größerem Erfolg verteidigen können. Diese Antwort ist gut. Gewiß, für den Arbeiter unserer Lage, der nur sehr geringen sozialen Einfluß hat, ist es von hohem Wert, das Maß seines Einflusses erhöhen zu können. Noch wichtiger ist es, damit der Vereinigung aus der Arbeiterklasse einen ausgedehnten Organismus zu formen, fähig, die Arbeiter in bessere Lagen zu bringen und sich mehr Achtung zu verschaffen. Auch Bestrebungen und Wille der Gewerkschaft können unter verschiedenen Gesichtspunkten geschätzt werden. Am häufigsten betrachtet man sie unter dem Gesichtspunkt der bekannten Maxime: die Freiheit ist der Zweck des Zwanges. Man versteht darunter die Verpflichtungen, die der Arbeiter gern eingeht, indem er sich der Organisation anschließt. Nicht allein, daß er es für selbstverständlich hält, sich seiner persönlichen Freiheit zu entäußern, er schlägt auch in die Hand seiner Genossen, um diese Freiheit gleichzeitig zu erweitern. Ohne Zweifel ist dieses Moment das wichtigste der ganzen Gewerkschaftsfrage.

Wir haben schon oft gezeigt — und jeder kann es Tag für Tag bestätigt finden —, daß der Arbeiter, welcher für eine Gewerkschaft ernsthaft tätig ist, sich wie ein ganz anderer Mensch fühlt. Er fühlt dann Kräfte in sich, die er selber nicht gekannt hat oder die er nur als Instinkt kennt, ohne sie anzuwenden zu wissen. Wie zum Beispiel im Altertum einem freigewordenen Stamm eine ganz andere Würde verliehen wurde, so vollzieht sich daselbe ohne Zweifel bei dem Arbeiter in diesem Fall, innerlich und nicht weniger äußerlich, sobald er sich mit Ernst an der gewerkschaftlichen Mitarbeit beteiligt. Mehr Würde kommt ihm ganz von selbst, sobald er sie in dem Maße erprobt, wie seine Persönlichkeit sich äußert und je mehr er sich dessen bewußt wird. Aus diesem Grunde kann auch eine gelbe Gewerkschaft niemals soviel gelten wie eine wirkliche Gewerkschaft, weil sie dieses wichtige Prinzip, das der modernen Arbeiterorganisation innewohnt, sich nicht entzählen läßt. Bei den Gelben wird der Arbeiter nicht zur Initiative angespornt, sondern ist im Gegenteil jede freie Handlung unmöglich, wenn sie mit den Zwecken der gelben Gewerkschaften unverträglich ist, deren vornehmster ist, sich vollkommen den Interessen der Unternehmer zu unterwerfen.

In Ansehung der Grundsätze der Organisation vom Gesichtspunkte des Gewerkschafters als Person aus, wie auch ihrer praktischen Verwertung für die Freiheit im Rahmen der Kollektivität, ist es dennoch nicht ohne Wert, die Gewerkschaft als Organismus zu betrachten. Von dieser Seite geprüft, zeigt sich die berufliche Verbindung als nicht weniger wichtig. Sie ist der Organismus, unter welchem eine Gemeinschaft von selbstbewußten Arbeitern nicht mehr bloß in regelmäßigem und ordnungsmäßigem Maße die Interessen einer einzelnen Person schützt, sondern die der gesamten Körperschaft. Der Zwang beginnt eine Notwendigkeit zu werden. Man muß stets im Auge behalten, daß eine Gewerkschaft keine einfache Häufung vereinzelter Individuen ist, sondern daß aus ihrer Vereinigung eine neue Erscheinung hervorgeht, durch welche sich die Verbundenen neue Zwecke und Aufgaben stellen, durch die sie alle unter gleichen Bedingungen in Anspruch genommen werden. Was hier den Vorrang hat, ist weniger die Befriedigung einzelner und die Wahrung derer Interessen, als das allgemeine Wohl der Arbeiterklasse. Wir wissen und sind alle überzeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung eine markante Rolle im sozialen und kulturellen Leben des Volkes spielt. Deshalb stellt man in der Gewerkschaft alle vereinigten Kräfte in den Dienst des sozialen Fortschritts. Was das besagen will, ist leicht zu erkennen.

Diese Art, die Dinge zu betrachten, genügt übrigens, um zu erkennen, daß jede individuelle Handlung durch die wichtigsten Handlungen der gewerkschaftlichen Organisation einen ganz anderen Charakter annimmt. Nehmen wir zum Beispiel die Anstrengungen der Gewerkschaft für höhere Löhne. Während es im allgemeinen niemals sicher ist, daß dem Arbeiter ein Lohnaufschlag zu fortgesetztem sozialen Aufstieg verhelfen kann, wird dies aber angenommen werden, sobald die Lohnerhöhung durch die Gewerkschaft normiert worden ist. Die Art wie

die letztere eine solche Erhöhung auffaßt, nimmt ganz naturgemäß ein ganz anderes Aussehen an. Hier geht man stets von dem Gesichtspunkt aus, daß die Erhöhung der Löhne unerlässlich ist als materielle Grundlage für die Bestrebungen zu wirtschaftlicher und sozialer Hebung des Arbeitervolks.

Ein anderes Beispiel, durch welches diese Frage noch mehr geklärt werden wird. Der Tarifvertrag, äußerlich betrachtet, ist die Frucht der Anstrengung einer Arbeiterschicht, sich bis zu einem bestimmten Termin ein gewisses Maß bestimmter Arbeitsbedingungen zu sichern. Im Lichte der Gewerkschaft betrachtet, ist der Tarifvertrag der Ausdruck des Willens des Arbeiters, mitbestimmend zu sein; vom allgemeinen kulturellen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist er der Grundstein für den Bau eines neuen Arbeiterrechts. Hier macht man direkt seinen Einfluß auf Recht und Moralität geltend und die Gewerkschaft verschafft sich Platz auf dem Programm der Einrichtungen, deren Aufgabe darin besteht, der Gesellschaft beim Aufstieg zum Gipfel der Zivilisation behilflich zu sein.

Die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit läßt sich fast in dem bezeichneten Sinne in jenen zwei Beispielen zusammenfassen. Dies könnte man noch durch eine Menge gleich interessanter Tatsachen beweisen. Das Wichtigste ist, daß wir uns selbst darüber klar werden. Wer die Frage in diesem Lichte betrachtet, wird keine Mühe haben, sich den vielen Pflichten anzupassen, die die Gewerkschaft ihren Mitgliedern auferlegt. Er wird dann auch verstehen, warum die Gewerkschaft niemals verlassen werden darf, wenn es ihr gelingt, für ihre Mitglieder Vorteile zu erringen. Er wird dann auch verstehen, daß sie mit dem Tarifvertrag nicht alle Wünsche eines jeden einzelnen erfüllen kann, sondern daß es sich hier vielmehr darum handelt, soviel wie möglich Löhne und Arbeitsbedingungen für die Masse der Arbeiter zu gerechtem Ausgleich zu bringen.

Aus unserem Berufe.

Kronach. Die Firma Ph. Rosenthal & Co. erhöhte die bisherige Leuerungszulage aus eigenem Antriebe um die Hälfte der bisher gezahlten Sätze. Es erhalten jetzt pro Woche verheiratete Männer 3 M., verheiratete Frauen 2,25 M. unverheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen 1 M.

Zur Lage der Porzellanindustrie. Ueber die Lage der deutschen Porzellanindustrie haben sich maßgebende Personen im Anschluß an das gute Geschäft der Leipziger Frühjahrmesse wie folgt geäußert: Der Hauptwettbewerber in feinerem Porzellan ist für Deutschland die französische Porzellanindustrie von Sevres und Limoges. Die Absatzgebiete für deutsche Porzellane haben sich in den letzten Jahrzehnten bedeutend erweitert. Vom Auslande war Nordamerika unser Hauptabnehmer, wohin der Krieg die Ausfuhr unterbunden hat. Zwar hatten sich die amerikanischen Einfuhrhäuser für einen Teil der der Verschiffung harrenden, für Amerika bestimmten Porzellanware unter gewissen Klauseln einen Freibrief von England ausgewirkt, so daß ein Teil deutschen Porzellans während des Krieges seinen Bestimmungsort erreichte. Aber seitdem ruht der Absatz nach Amerika wieder vollständig, was immerhin einen fühlbaren Ausfall für die heimische Porzellanindustrie bedeutet. Infolge Behinderung der deutschen Ausfuhr hat in der ersten Zeit des Krieges die feindesländische Industrie versucht, die deutsche Porzellanindustrie auf dem Weltmarkte aus dem Felde zu schlagen. Namentlich ist Frankreich mit seinem Luxusporzellan bemüht, uns die Absatzgebiete Amerikas und der neutralen Staaten streitig zu machen. Die englischen keramischen Erzeugnisse bieten, weil zu minderwertig, dazu weniger Aussicht, soweit es sich um Luxusporzellan handelt. Dagegen versorgt England Amerika und zum Teil die Neutralstaaten mit Gebrauchsporzellan. Die Porzellanindustrie Frankreichs und Englands hat also infolge des Krieges der deutschen Porzellanindustrie einen Teil des Auslandsbedarfes entzogen. Andererseits sind aber der Erzeugungsmöglichkeit der feindlichen Porzellanindustrie durch die gegebenen Verhältnisse Grenzen gezogen. Ein anderer Wettbewerber auf dem Weltmarkte ist die japanische Porzellanindustrie. Diese dürfte ihr Augenmerk zunächst auf Eroberung des amerikanischen Marktes richten, wo sie während des Krieges auch einen Teil ihrer Erzeugung unterbringen dürfte. Die deutsche Porzellanindustrie für immer vom amerikanischen Markt zu verdrängen, dürfte ihr jedoch sehr schwer fallen, da die japanischen Porzellanerzeugnisse durchaus nicht dem amerikanischen Geschmack angepaßt sind, während die deutschen Erzeugnisse hinsichtlich der Muster und Modelle darauf zugeschnitten sind. Ungeachtet des Krieges und der unterbundenen Ausfuhr ist die

Adressen-Änderungen.

Altwasser. Kassierer: Paul Stiller, Waldenburg (Schles.).
Tettau. Vorsitzender: Albin Wiszmann, Hs. Nr. 99.
 Schriftführer: Karl Neubauer, " " 35.
 Kassierer: Heinrich Wunderlich, " " 97.
 Revisor: Adolf Matschmann, " " 86.
 Sämtl. Maler.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Rudolf Schneider, Former, geboren am 26. August 1877 in Meuselbach, gefallen durch Granatschuß am 18. März 1917 Mitglied der Zahlstelle Meuselbach.
 Ehre seinem Andenken!

Sterbetafel.

Oberhausen. Robert Liebermann, Maler, geboren am 21. März 1868 in Hüttensteinach, gestorben am 13. April 1917 an Lungenleiden. Seit 1915 Invalide. Mitglied seit 1902.
 Ehre seinem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Tüchtigen Hohlgeschirrdreher (Maschinenscheibe) stellt sofort ein
Porzellan-Manufaktur Burgau a. d. Saale.
 Ferdinand Selle, Burgau, Station Göschwitz (S.-M.)

Eindreher

für dauernde Beschäftigung auf Lontöpfe für Frühgemüse sucht sofort
August Kuhlmei, Blumentopfabrik, Spandau, Plantage 6-7.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Schwämme für Porzellan- und Steingutdreher, Geschirrtöpferei, Garnierungs-Druckerei, Glasur-, Brennerschwämme; „Elephantenohren“, große, dicke, prima, à Kilo Mk. 95,-; zweite Qualität, dünnlein, à Kilo Mk. 72,-; Levantiner, Zymocca von Mk. 0,50 bis Mk. 6,- pro Stück, voll und glatt; große, glatte Arbeitsschwämme für Steingut, Cayos à Kilo Mk. 35,-. Versand nur in ganzen Partien gegen Nachnahme. Proben werden nicht abgegeben. Mit Fabrikanten besondere Vereinbarung, event. Anfrichtsbedingungen.
H. Michelsohn, Schwammhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Goldhaltige Lappen — Näpfe — Schmiere
Pinsel — Paletten — Näpfe — leere Goldflaschen
 überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft
Max Haupt, Dresden-N., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle
Malrückstände zum Einschmelzen
 kauft **M. Köhler**, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.
 Reelle Bedienung. — Höchste Preise — Sofort Kasse.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.
 kauft zu höchsten Preisen
Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
 Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4

wärtige Lage der Porzellanindustrie günstig. Der Ausfall durch den Rückgang der Ausfuhr ist durch die hervorragende Ausnahmefähigkeit des Inlandmarktes und der Neutralstaaten durchaus wettgemacht, so daß der weitaus größte Teil unserer Porzellanfabriken voll, zum Teil überbeschäftigt ist. Der schon in der letzten Zeit flotte Geschäftsgang hat durch die glänzenden Erfolge der Leipziger Frühjahrsmesse eine weitere Steigerung erfahren, so daß vielfach Bedenken über die Lieferungsmöglichkeit entstanden sind. Die Einträglichkeit in der Porzellanerzeugung war in den letzten Jahren nicht günstig, wofür die Abschlüsse zahlreicher Aktienunternehmungen sprechen. Besonders gilt dies von der Luxusporzellanherstellung. Der langandauernde Krieg hat die mißliche Lage der Luxusporzellanindustrie noch mehr verschärft. Durch die Unterbindung eines wesentlichen Teiles der Ausfuhr sind die Unkosten zur Aufrechterhaltung des Betriebes bedeutend gestiegen, so daß Herstellungskosten mit den Verkaufspreisen nicht mehr in Einklang standen. In jüngster Zeit haben infolgedessen die vereinigten Thüringer Luxusporzellanfabriken eine allgemeine Preiserhöhung von 30-40 v. H. eintreten lassen. Durch dieses Vorgehen dürfte für die Folge die Wirtschaftlichkeit der Luxusporzellanfabriken sich wieder heben. Was die Porzellan-geschirrherstellung anlangt, so haben hier die wirtschaftlichen Verhältnisse etwas besser gelegen, weil durch den festen Zusammenschluß der Hersteller die Preisfrage leichter zu regeln gewesen ist. Die zu einer Konvention zusammengeschlossenen Porzellanfabrikanten haben bereits vor längerer Zeit einen Teuerungsaufschlag eintreten lassen und erst kürzlich die Preise weiter erhöht. Die Ertragsfähigkeit ruht also hier auf einer festeren Grundlage. Man darf wohl als sicher annehmen, daß die in letzter Zeit eingetretene Entwertung der Porzellanaktien nur verübergehend ist und daß in nicht zu ferner Zeit, zum mindesten aber alsbald nach Beendigung des Krieges, die Kurse dieser Papiere wieder steigen werden. Die Ausichten in der Porzellanindustrie sind augenblicklich als günstig anzusprechen: Beschäftigung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit bei lohnenden Preisen. Voraussetzung ist, daß die bestehenden Erzeugungsschwierigkeiten (Mangel an Kohle und Rohstoffen) sich nicht noch mehr verschärfen. Hiervon abgesehen, darf man von einer Hochkonjunktur der Porzellanindustrie reden. Sollte jetzt plötzlich die frühere Ausfuhr einsetzen, so wären die Fabriken gar nicht in der Lage, den Ansprüchen zu genügen. In den Kreisen der Porzellanindustrie sieht man der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Das Messgeschäft in Porzellan ist glänzend ausgefallen. Beispielsweise hat eine der bekanntesten Thüringer Luxus-Porzellanfabriken, die seit 100 Jahren die Leipziger Messe besucht, diesmal die beste Messe verbuchen können. Neben Deutschland haben die vertretenen neutralen Staaten in ganz außergewöhnlichem Maße Bestellungen erteilt. (Keram. Rundschau.)

Vermischte.

Die Volksfürsorge im dritten Kriegsjahre 1916.
 Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916 sind nach den vorläufigen Feststellungen bei der Volksfürsorge im ganzen 22 936 neue Versicherungen mit 4 881 480 M. Versicherungssumme abgeschlossen worden. Davon waren Kapitalversicherungen mit festen Prämien 20 816 mit 4 855 651 M. Versicherungssumme. — Im Jahre 1915 waren es im ganzen 10 701 Versicherungen mit 2 225 667 M. Versicherungssumme. Gewiß ein erfreuliches Ergebnis.

Zur Beachtung für die Ameisen-Empfänger.

Die Nr. 15 des „Correspondenzblatt“ war beim Versand der vorigen Nummer der „Ameise“ noch nicht eingetroffen und wird deshalb mit dieser Nummer den Verwaltungen zugestellt.
 Die Expedition.

Infolge eines Druckfehlers ist die „Ameise“ vom 13. April mit Nr. 13 anstatt mit Nr. 15 bezeichnet worden. Die Verwaltungen und Mitglieder die das Blatt aufbewahren, wollen deshalb jetzt die erforderliche Korrektur vornehmen.
 Die Redaktion.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin Sonnabend, den 21. April, abends 8½ Uhr, Zahlstellenversammlung bei Wählich, Stalitzerstraße 22, Nähe Kottbuser Tor.

München Samstag, 21. April, abends 7 Uhr, Monatsversammlung. Tagesordnung: Die städt. Lebensmittelversorgung für Schwer-